

WOHNEN IN DER GROSSSTADT 1900-1939: WOHNSITUATIONEN UND MODERNISIERUNG IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH

Mit dem Thema des großstädtischen Wohnens verbindet sich weitaus mehr als allein das Problem, wie die Menschen, die seit Beginn der Industrialisierung unaufhörlich in die Städte strömten, unterzubringen waren. Die Debatten über Wohnen in der Großstadt – das zeigte die Tagung, die von der Projektgruppe „Kulturelle Pluralität, nationale Identität und Modernisierung in ostmitteleuropäischen Metropolen 1900–1930“ am Leipziger GWZO (21.–23.2.2001) veranstaltet wurde –, bildeten einen Teil der politischen und ideologischen Diskurse der Zeit: Zum einen rührte das Wohnproblem an die Frage nach den Aufgaben der öffentlichen Hand, nach staatlicher oder städtischer Sozialpolitik. Zum anderen, und damit eng verbunden, drückten sich in den verschiedenen Konzepten vom Wohnen auch die unterschiedlichen Vorstellungen davon aus, wie der Mensch leben soll, in welchem Verhältnis er zu seinen nächsten Mitmenschen und dem gesellschaftlichen Ganzen, zu Natur und Technik stehen soll.

Welche Fragen man – vor dem Hintergrund der bisherigen Forschung – speziell an das Thema Wohnen in den europäischen Großstädten der Zwischenkriegszeit stellen kann, skizzierte Adelheid von Saldern (Hannover) in ihrem Einführungsvortrag. Parallel zur Entwicklung innerhalb der Städte (sozialräumliche Differenzierung) gilt es, die Genese der Konzepte von Städtebau und Wohnen nachzuzeichnen. Hier spielten nicht allein praktische Erwägungen eine Rolle, sondern in großem Maß auch soziale Hierarchien und der Wunsch nach sozialer Kontrolle. Aufschlußreich ist neben der politischen Dimension des Wohnungsbaus auch das Urteil der Zeitgenossen über das großstädtische Wohnen. Dieses läßt sich in einen direkten Zusammenhang mit der Bewertung der Modernisierung an sich bringen. Von Saldern erinnerte an dieser Stelle an die Ambivalenzen der Moderne bei Baumann und Weber.

Die durch von Saldern markierten Ebenen wurden dann durch zahlreiche Beiträge zu verschiedenen europäischen Großstädten mit Thesen und Material (u.a. vielen

Dias und Folien) gefüllt, wobei es ein besonderes Anliegen der Veranstalter war, die Metropolen Ostmitteleuropas mit denen des Westens zu vergleichen. Liegt in Ostmitteleuropa, dessen Stadtentwicklung sich seit dem Mittelalter von der westlichen unterschied und dessen Industrialisierung später begonnen hat, ein anderer Stadtypus vor? Entwickelten sich in den neuen industriellen Zentren Ostmitteleuropas die Städte in ihrem Inneren nach einer anderen Logik, entstanden hier andere Wohnformen und Wohnkonzepte?

Die Beiträge zu den Städten Warschau, Lodz (Łódź), Posen (Poznań), Krakau (Kraków) und Breslau (Wrocław) brachten zunächst viele Phänomene, die auch in den meisten anderen europäischen Industriestädten zu beobachten waren, zur Sprache: Agnieszka Zabłocka-Kos (Breslau), Elżbieta Kaczyńska (Warschau), Anna Bitner-Nowak (Posen) und Wanda Kononowicz (Breslau) berichteten vom Elend der Landbevölkerung, die nach ihrer Ankunft in der Stadt in völlig überfüllten Quartieren ohne entsprechende Ausstattung hauste. Dennoch war die Wohnung auch für die Arbeiter ein ganz wichtiger Ort, denn hier hielt man noch lange an dem fest, was man vom Land kannte. Anders als etwa bei der Bekleidung paßte sich die Wohnkultur der Zugewanderten nur langsam städtischen Normen an (Anna Żarnowska, Warschau/Lodz).

Während die sozialen Probleme der verschiedenen ostmitteleuropäischen Städte einander fast aufs Haar glichen, gab es doch unterschiedliche Entwicklungstypen, das machten die Städtevergleiche der Projektmitarbeiter Andreas Hofmann und Anna Veronika Wendland deutlich. Wendland lieferte einen „Werkstatt-Bericht“ über Lemberg (Lwów, L'viv) und Wilna (Wilno, Vilnius), zwei multinationale Provinzstädte. Sie verdeutlichte, daß Lemberg trotz nationaler Mobilisierung, die in Wilna noch nicht begonnen hatte, dank seiner kommunalen Selbstverwaltung die bessere Ausgangsposition für die Bewältigung der Aufgaben hatte, die mit der beginnenden (Klein-) Industrialisierung auf beide Städte zukamen. Andreas Hofmann stellte seine Arbeit zu Brünn (Brno) und Lodz vor. Diese zwei Städte unterschieden sich hinsichtlich der historischen Bausubstanz, der Stadtplanung und der Industrialisierungsgeschichte. Brünn entwickelte sich weitgehend nach dem Muster wie die zu Industriestädten ausgewachsenen westlichen Bürgerstädte, während sich in Lodz, das eine Industrialisierung auf der „grünen Wiese“, aber die längste Zeit keinerlei Stadtplanung erlebte, die westlichen Muster beinahe umkehrten: Die neuen Arbeitersiedlungen am Stadtrand wurden dem Wildwuchs überlassen, eine stadträumliche Differenzierung blieb aus.

Zu den typischen Industrialisierungsproblemen kam im überwiegenden Teil der Städte Ostmitteleuropas auch noch die Verschränkung sozialer und ethnischer Differenzen hinzu. Das illustrierte Sabine Rutar (Münster) am Beispiel von Triest. Der enorme Zuzug, den Triest zwischen 1850 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges erlebte, veränderte die Stadt radikal. Die extrem konservative Oberschicht und politische Elite zog an den Stadtrand. In den innerstädtischen Viertel mischten sich zwar die Nationalitäten, doch entstand in Triest bis 1914 kein stabiles soziales Gefüge. Michaela Marek (Leipzig) wies darauf hin, daß viele Städte der Monarchie zwischen ihrer Entfestigung und der Hochzeit der Industrialisierung genau diese Entwicklung durchliefen. In der Zwischenkriegszeit hatte der überwiegende Teil

großer Städte in den neugegründeten Nationalstaaten mit schweren sozialen Problemen – und das heißt auch Wohnproblemen – zu kämpfen, die sich infolge des Krieges und der Weltwirtschaftskrise noch verschärften. Bei dem Versuch, diese zu bewältigen, konnten sie jedoch kaum auf Traditionen von Sozialpolitik und kommunaler Selbstverwaltung zurückgreifen.

Für Krakau – das eine Beamtenstadt war – und Warschau umriß Hanna Kozińska-Witt (GWZO) unter diesen Gesichtspunkten die Zeit zwischen den Kriegen: Die Forderung nach einer Aufwertung der Städte im polnischen Staat konnte nur sehr partiell verwirklicht werden. Trotz der Gründung des „Polnischen Städtebundes“ blieben die Städte politisch schwach. Ihre Finanzsituation erlaubte es kaum, den kommunalen Wohnungsbau voranzutreiben. Dennoch wurde Krakau zum Zentrum kommunalen Wohnens – hier entstanden vor allem Kleinstwohnungen von unter 50 qm, in denen allerdings meist ganze Familien wohnten.

Der Bau von sehr kleinen Wohnungen wurde auch im mährischen Brünn als Weg aus der verheerenden Wohnungssituation der untersten Schichten gewählt. Alena Janáková, wie Kozińska-Witt Projektmitarbeiterin und Veranstalterin der Tagung, erläuterte, daß die „Wohnung für das Existenzminimum“, die 1929 auf dem Internationalen Kongreß für Neues Bauen in Frankfurt am Main vorgestellt worden war, das Paradigma für diese Wohnungen bildete. In den dreißiger Jahren wurde dieses jedoch durch den Bau von „Minimalwohnungen“, die reine Wohnküchen waren, noch unterboten. Beim Bau dieser staatlich geförderten Wohnungen wurde also der reformorientierte Ansatz einer Differenzierung der Funktionsbereiche in den Arbeiterwohnungen zurückgenommen.

Einander diametral entgegengesetzte Wohnkonzepte präsentierten dann Julia Obertreis (Berlin) und Martina Heßler (Bielefeld). Im Beitrag von Obertreis ging es um die Kommunehäuser, die nach der Revolution von 1917 in St. Petersburg/Leningrad gegründet worden waren. Diese Häuser, die über die damals modernste Technik, zentrale Küchen und getrennte Wohnbereiche für Männer, Frauen und Kinder verfügten, sollten die neue Gesellschaft gewissermaßen vorwegnehmen. Die „Tränen des Sozialismus“, wie sie der Volksmund bald nannte, wurden von ihren Bewohnern jedoch nach und nach zu ganz gewöhnlichen Wohnhäusern umgestaltet. Martina Heßler stellte indessen die „Primitivsiedlungen“ vor, die in Frankfurt am Main Mitte der zwanziger Jahre entstanden und in der fortschrittsfeindlichen Spielart der NS-Propaganda eine gewisse Rolle spielten. Sie knüpfte damit an die Ausführungen von Dieter Schott (Leicester) an, der zuvor die Modernisierung des Wohnens – vor allem die Einführung von Gas und Strom in den privaten Haushalten – seit dem 19. Jahrhundert geschildert hatte. Im Fortschrittsdiskurs, der mit der Elektrifizierung und Hygienisierung des Wohnens einherging, drückte sich der Traum vom durch und durch modernisierten, rationalen Leben aus, auch wenn die Einführung des Fortschritts oft irrationale Phänomene mit sich brachte. Martina Heßler präsentierte mit den sogenannten „Primitivsiedlungen“ gewissermaßen die Gegenbewegung: Diese richteten sich gegen die „kulturlose Technisierung“ des Wohnens, sie sollten die Menschen „zum Siedeln erziehen“, ihre Verbindung mit dem Boden fördern. Doch ihre Bewohner waren mit dem extrem niedrigen Standard ihrer Häuser ebenso wenig zufrieden wie die Arbeiter in den mit neuen Elektroherden ausgerüsteten

Wohnungen, die am Morgen 40 Minuten warten mußten, bis das Kaffeewasser heiß war.

Dem Wohnen der Arbeiterschaft galt das Hauptinteresse der Tagung. Doch kam u. a. mit Beiträgen von Kazimierz Karolczak (Krakau), Gábor Gyáni (Budapest) und Iris Meder (Wien), die über die Wiener Schule im Einfamilienhausbau sprach, durchaus die Vielfalt gleichzeitig existierender Wohnformen zur Sprache. Und auch das Wohnen, Bauen und Renovieren im Tagungsort Leipzig wurde erörtert. Christoph Kühn (Leipzig) sprach über Stadterweiterung und Wohnreform um 1900. Wolfgang Hocquél, Referatsleiter für Denkmalschutz beim Regierungspräsidium Leipzig, präsentierte den Stand und die Geschichte der Stadtsanierung seit 1989. Vor allem aber brachte er mit seinen Dias Leipzig am Vorabend des Umbruchs von 1989 ins Gedächtnis, als der Altbaubestand dem Verfall überlassen wurde, die Stadt kaum mehr zu retten schien und Wohnen durchaus nicht so erfreulich war, wie es heute in Leipzig ist.